

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1917)
Heft: 8

Artikel: Spitter und Späne
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ich schwöre, dass, falls die Regierung, der ich selbst angehöre, versuchen sollte, das Verbrechen des Krieges zu begehen, ich mich gegen sie berufen würde auf das Volk selbst und auf die ganze Menschheit.“

Prof. Milhaud erörtert weiter, dass der öffentliche Unterricht andere Mittel schaffen könnte zur Entwicklung des internationalen guten Glaubens: „Die Kinder in allen Teilen der Welt sollten lernen, dass sie Pflichten haben, sowohl ihrem eigenen Lande gegenüber wie auch gegenüber der Völkergemeinschaft, und dass diese Pflichten konvergieren und solidarisch sind. In allen Schulen sollten sie an einem Ehrenplatz die Verfassung der Völkergemeinschaft angeschlagen sehen; die Lehrer sollten verpflichtet sein, den Kindern die Erklärung der Rechte und Pflichten der Völker und den Text des Eides der Staatshäupter auf die internationale Verfassung zu erläutern. Und internationale Untersuchungskommissionen sollten sich davon überzeugen, dass diesen Verpflichtungen allgemein und genau nachgekommen würde. Auf diese Weise würde das neue System durch viele Mittel seine moralischen Grundlagen verstärken können.“

Zum Zeichen, dass es doch schon Völker gibt, die dem Völkerrecht gemäss handeln, erwähnt Prof. Milhaud am Schlusse seines Artikels die Treue Belgiens der einmal übernommenen Verpflichtung gegenüber, im Gegensatz zu dem Wortbruch Deutschlands durch Verletzung seiner Neutralität.

Indem er erinnert an die Worte Wilsons, der die Völkergemeinschaft einen Ehrenbund genannt hat, beendet Prof. Milhaud seinen Aufsatz folgendermassen: „Die Völkergemeinschaft, gestellt unter den Schutz der Ehre der Völker — der Ehre der Menschheit — kann man sich eine stärkere Sanktion denken? Nein, wir könnten für die Völkergemeinschaft keinen schöneren Namen, keine treffendere Benennung erfinden. Der Name sagt, zu welcher Höhe in der Völkergemeinschaft die Beziehungen der Völker untereinander sich erheben werden. Er ist in Wahrheit der Verkünder neuer Zeiten.“

—o—

Splinter und Späne.

Kriege sind unter Umständen nützlich! — Es muss wohl so sein, weil selbst wohlgesinnte und gutherzige Menschen den Weltkrieg zu verlängern trachten. Und wenn wir eine göttliche Regierung des Universums annehmen, so kommen wir abermals auf dasselbe hinaus und müssen wohl oder übel den Satz unterschreiben: „Kriege sind nützlich, denn wären sie es nicht, so wären sie nicht da.“ — Sollte es aber nicht Dinge geben, welche einzig die Gottheit zu bestimmen hat, Mittel, deren Anwendung nur ihr gebührt, Werkzeuge nur für ihre Hand? Ist es unsere Sache, zu entscheiden: Es werde Krieg! Es bleibe Krieg!?

*

Serenissimus: Gott regiert die Welt. Es hat von jeher Kriege gegeben. Also sind Kriege von Gott gewollt.

Simplizissimus: Und also darf die Menschheit Krieg machen. Ist das die Meinung?

Ser.: Allerdings.

Simpl.: Darf sie das zu allen Zeiten?

Ser.: Das habe ich nicht behauptet.

Simpl.: Also wann?

Ser.: Nun, wann es an der Zeit ist.

Simpl.: Aber es steht doch geschrieben: Du sollst nicht töten!

Ser.: Im Kriege darf man töten. Das ist eine Ausnahme.

Simpl.: Freund, du machst dir die Sache leicht — und dennoch wieder schwerer als nötig. Ich will dir zu Hilfe kommen: — Gott regiert die Welt. Man hat von jeher getötet. Also ist das Töten von Gott gewollt und also darf man töten.

Ser.: Wann es an der Zeit ist.

Simpl.: Ganz recht! Wann es an der Zeit ist. — Nun befiehlt das Gesetz aber auch: Du sollst nicht ehebrechen, nicht stehlen, nicht falsch Zeugnis reden —

Ser.: Es ist niemals an der Zeit, die Ehe zu brechen und zu stehlen.

Simpl.: Das liesse sich auf Grund deiner eigenen Beweisführung bestreiten, weil beides ja doch geschieht. Ich folgere genau gemäss dem von dir aufgestellten Muster: Gott regiert die Welt. Man hat von jeher getötet, gestohlen, die Ehe gebrochen. Also ist es von Gott gewollt, und also —

Ser.: Hm. — Irgend etwas stimmt hier nicht.

Simpl.: Ich glaube auch.

*

Die Zeiten sind schwer, das ist wahr, und doch sollte man meinen, dass der Segen jetzt in Strömen durch die Gassen fliesst. Denn die Menschheit braucht die Not nicht weniger zum Leben als das Glück. — Aber diese Not jetzt ist zu gross! — Für wen denn zu gross? Für die Menschheit wahrlich nicht, denn die ist aus unglaublich hartem Holze. Die Not wird ja abnehmen, sobald wir uns biegen, und so ist es denn ganz unmöglich, dass sie das Mass überschreite. Man fürchte sich nicht! Allem, was ist und wird, sind von Gott seine Masse gesetzt, so auch der Not, der Völker sowohl wie der Individuen, und dass jedes zu allem stimmt und alles zu jedem, das ist unser Glaube. —

*

Wir Pazifisten reden immer vom Rechte als der alleinigen Grundlage des Friedens. Wir müssen uns aber darüber klar bleiben, dass mit dem starren Rechte im zwischenstaatlichen Verkehr auf keinen Fall weiter zu kommen ist als im Verkehr zwischen einzelnen Menschen. Stets muss die Billigkeit dem Rechte schlichtend zur Seite gehen, sonst bleiben wir überall stecken. Aber freilich, wo das Recht noch nicht erkannt und anerkannt wird, gibt es auch für die Billigkeit wenig oder nichts zu tun. Und weil noch sehr viel fehlt, dass in den Völkern der Wille zum Rechte herrschend sei, so gilt unser Streben heute nur diesem, und von der Billigkeit ist einstweilen keine Rede.

*

Die Entente will den Vierbund für seine Sünden strafen. Gut und vortrefflich! Wer aber straft die Entente für ihre Sünden?

*

Die Kämpfenden giessen bereits Wasser in ihren Wein, es geht aber zu langsam. Darüber verrinnt der Wein!

*

Die Völker häufen in Friedenszeiten ungeheure Mengen Zündstoff an als Rückstand der zahlreichen Prozesse ihres Eigennutzes. Und nun heisst es: Vorsicht! Vorsicht! Hier darf auf keinen Fall geraucht werden. — Natürlich fällt am Ende doch ein Funke in die leicht entzündlichen und stetig wachsenden Massen, und schon erfolgt die Explosion. Mit finsternen Mienen setzt man sich alsbald zu Gericht: Woher kam der Funke? Wer ist der Sünder? — Ihr Schlangengezüchte! Häuft keinen Zündstoff an!

*

Grosse Leiden verlangen grosse Mittel zur Heilung, so auch der Weltkrieg. Was könnte geschehen? Täte nur einmal irgend einer der massgebenden Staaten das Rechte um des Rechten willen in einem Falle von Belang, so wäre vielleicht geholfen. Die Russen haben bereits ein Beispiel gegeben mit ihrem Verzicht auf Eroberungen, aber man nimmt die Russen nicht völlig ernst, immer noch nicht. Dennoch geschah mit diesem Verzicht bereits ein starker Schritt dem Frieden entgegen. Deutschland versucht sich zwar neuerdings in ähnlicher Richtung, hält sich aber hartnäckig an das System der kleinen Pakete; das wirkt hier nicht, hier gewiss nicht. Wenn es die Folgerungen zöge aus dem Bekenntnisse seines vorigen Kanzlers, Belgien betreffend, wenn es vor aller Welt verkündete, dass es seine Gewalt über das Land in keiner Weise zu verwerten gedenkt für den kommenden Schacher am Friedenstische, dass es Belgiens Freiheit und Unabhängigkeit wiederherstellen wird, so weit es an ihm liegt, dass es den angerichteten Schaden wieder gutmachen will, auch unter Herausgabe seines letzten Groschens, ohne zu feilschen und ohne zu fragen, ob Belgiens Betragen vor dem Kriege zu bemängeln war oder nicht, das wäre recht, billig, wäre grossmütig, das würde wirken, — es ist ja unmöglich, dass es nicht wirken sollte. Es würde für Deutschland selber einen Sieg ersten Ranges über sich selbst bedeuten, und das wäre gut für Deutschland. Es würde die Gegner anfeuern, ähnliches zu leisten, würde sie ziehen, zwingen, und das wäre gut für die Gegner. Es würde mit kühnem Schwunge den Schutt hinwegstossen, welcher noch den Weg zum Frieden verbaut, und das wäre gut für die Menschheit. Frankreich ist von Natur grossmütig und lässt sich ausserdem nicht gerne überbieten. Die Decke würde von seinen Augen fallen, es würde Gott danken, dass die Geduld der Hellenen es bewahrte, in Griechenland das belgische Unheil zu wiederholen, und sich beeilen, alles wieder gutzumachen. Das neue Russland würde gewiss nicht zögern, die Verpflichtungen aus der zarischen Erbschaft in Serbien zu übernehmen; — und England? An Grund zur Busse hat es keinen Mangel, und die Gelegenheit findet sich auch. Irland, Indien, das Burenland — es darf nur wählen. Aber ach! Ein Spiel der Phantasie, nichts weiter! Bilder aus einer Zauberlander! Nicht einmal Hoffnungen! — Und warum? Was hindert, dass aus der Vorstellung Wirklichkeit werde? Was trennt uns von dieser? Ein Kleines, das Ich, das widerhaarige, borstige Ich der „Made Mensch“. — Dass Staaten gegenüber andern Staaten das Rechte tun um des Rechten willen, ist äusserst selten; aus Billigkeit tun sie wohl schon einmal etwas, desgleichen aus Grossmut; um der Busse willen gar nichts, es sei denn mit dem Schwerte an der Kehle. So sind denn die Völker ihres Elends Schmied. Für das Weitere — sorgt wohl ein Gott! Ss.

— o —

Depeschen an den „Niederlandsche Anti-Oorlog Raad“.

Mrs. Fannie Fern Andrews, Mitglied des Vollzugsausschusses der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden, Boston, Vereinigte Staaten:

„Der gegenwärtige Zustand in Deutschland versichert keine Umänderung der Politik der Alliierten. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk wünschen einen Frieden durch Verständigung, aber die Regierung strebt noch nach militärischen Erfolgen und würde, wenn möglich, gern einen Separatfrieden mit Russland schliessen. Die deutsche Regierung hat

diese Aktion angefangen, um den allgemeinen Wunsch nach Frieden des deutschen Volkes zu befriedigen. Wenn dieses Gefühl wächst, ist es möglich, dass die deutsche Regierung gezwungen werden wird, bestimmte Friedensbedingungen kundzugeben. Die allgemeine Meinung ist hier, dass der nächste Schritt in dieser Richtung von Deutschland unternommen werden soll.“

Deutsche Friedensgesellschaft, Stuttgart:

„Der Vorstand der deutschen Friedensgesellschaft begrüsst mit grosser Genugtuung das Ergebnis der Reichstagssitzung vom 19. Juli. Eine starke Mehrheit des Reichstages hat sich auf eine Kundgebung geeinigt, die noch bei Beginn der Tagung niemand für möglich gehalten hätte. Wohl ist die Friedensgesellschaft dafür eingetreten, den Inhalt dieser Kundgebung nach verschiedenen Richtungen hin zu erweitern, aber das kann sie nicht hindern anzuerkennen, dass in ihr die wesentlichen Grundsätze ausgesprochen sind, die einem Frieden der Verständigung, einer Versöhnung der Völker und einer dauernden Friedenssicherung zugrunde liegen müssen. Die Zustimmung zu diesen Grundsätzen reicht nach den Erklärungen der Parteien viel weiter, als die blossen Abstimmungsziffern erkennen lassen. Zur grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Verständigungsfrieden hat sich nur eine kleine Minderheit, bestehend aus höchstens einem Sechstel des Reichstages, bekannt.

Der Reichskanzler hat in der Form zurückhaltend, aber in der Sache doch unzweideutig sich der Erklärung der Reichstagsmehrheit angeschlossen und auch für die von ihm geforderte Sicherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches wie seiner Lebensbedingungen auf dem Kontinent und über See keinen anderen Weg als den der Verständigung und des Ausgleiches empfohlen. Trotz aller Hindernisse, die der Demokratisierung Deutschlands und der Parlamentarisierung der Reichsregierung entgegenstehen, ist in dieser wichtigen Frage der Volksvertretung die Führung zugefallen. An all dem kann nachträgliche, schwarzseherische oder übelwollende Umdeutung des Geschehenen nichts ändern. Auf dieser Seite ist, damit der Weg zur Friedensverhandlung freigelegt. Es ist nun Sache der Friedensfreunde, in den anderen kriegführenden und neutralen Ländern daraus die Folgerungen zu ziehen.

Der Vorstand der deutschen Friedensgesellschaft ist überzeugt, dass es gelingen muss, zu einem Frieden zu gelangen, der den seit diesem Jahrhundert ausgesprochenen und während des Krieges von den pazifistischen Organisationen aller Länder wie neuerdings von der russischen Demokratie neu formulierten Forderungen der Friedensbewegung entspricht. Dieser Friede darf das Selbstbestimmungsrecht keines Volkes vergewaltigen; er soll vielmehr die nationalen Rechte aller Völker in national abgeschlossenen, wie in national gemischten Staaten als gleichberechtigt anerkennen; er soll die friedliche Gemeinschaft ihrer wirtschaftlichen Beziehungen sichern; er soll die Gefahren rivalisierender Bündnisse und der Diplomatie beseitigen; er soll dem Rüstungskampf durch internationale Vereinbarungen über allseitige Abrüstung ein Ende machen, und er soll endlich den dauernden Bestand der grossen, friedlichen Völkergemeinschaft durch Ausbau des Haager Werkes auf sichere Grundlage stellen.“

Herbert Dummico, Sekretär der „Peace Society“ und des „Peace by Arbitration Committee“, London:

„Die Lage ist für uns Friedensfreunde durch die Reichstagsdebatten eine viel leichtere geworden. Die Annahme der Resolution vom Reichstag macht sofortige Friedensverhandlungen wünschenswert.“